

TITELTHEMA: MEINUNGSFREIHEIT



Wer brüllt, gewinnt

Ja, die Meinungsfreiheit in Deutschland ist gefährdet – und zwar von rechts wie von links. Damit ist eine gefährliche Spirale in Gang gesetzt. Lässt sie sich stoppen?

VON HOLGER STARK

ie Zahlen wollen einem nicht aus dem Kopf. Laut einer Umfrage von Allensbach glauben 78 Prozent der Deutschen, man müsse in der Öffentlichkeit mit Kommentaren zu »einigen oder vielen« Themen vorsichtig sein. Fast zwei Drittel, 63 Prozent, glauben, man müsse »heutzutage sehr aufpassen«, zu welchen Themen man sich wie äußert. Und den Interviewern der *Shell-Studie* gegenüber stimmten 68 Prozent der befragten Jugendlichen der Aussage zu: »In Deutschland darf man nichts Schlechtes über Ausländer sagen, ohne gleich als Rassist beschimpft zu werden.«

In einer Zeit, in der es so viele Möglichkeiten zur offenen Aussprache gibt wie nie zuvor, beklagen Prominente wie die Schriftsteller Bernhard Schlink und Matthias Politycki oder der Sportler Stefan Kretschmar »Sprechverbote«. Und vor einigen Monaten erschoss ein Rechtsextremist den CDU-Politiker Walter Lübcke, weil der eine freundliche Sicht auf Flüchtlinge hatte. Im Deutschland des Jahres 2019 kann es tödlich sein, seine Meinung zu vertreten. Wie dramatisch also ist die Lage? Wer bedroht die Meinungsfreiheit? Und wie passt das alles zusammen?

In den vergangenen Wochen sind die Grenzen dessen, was man sagen darf, wieder einmal juristisch vermessen worden. Sie bilden einen Korridor, in dem unfassbarer Weise selbst Beleidigungen wie »Stück Scheiß«, »die Fresse polieren« oder »Drecksau« noch ihren Platz finden (so das Landgericht Berlin im sogenannten Künast-Urteil), aber der diesseits der Verherrlichung des Nationalsozialismus und anderer Formen der Volksverhetzung endet. Nur in den seltensten Fällen greift in Deutschland ein Richter ein und reglementiert, was gesagt oder geschrieben werden darf. Das Problem, so viel ist unstrittig, ist also kein rechtliches, sondern ein gesellschaftspolitisches. Und ein moralisches.

Das Gefühl, der Meinungskorridor sei schmaler geworden, existiert auf allen Seiten des politischen Spektrums. Tatsache aber ist: Man darf heute fast alles sagen, man muss nur bereit sein, die darauf folgenden dunkelblauen Flecken auszuhalten. Deutschland, so wirkt es, ist zu einer Republik der Stromlinien geworden, einer Republik, die Abwehler gerne niederkartätscht – und sich die dazu passende Regierungschefin ausgewählt hat.

Angela Merkel, ohnehin Großmeisterin des gedämpften Diskurses, imprägniert ihre Politik gern mit dem Adjektiv »alternativlos«, wenn es um wichtige Entscheidungen wie die Griechenland-Hilfe oder den Afghanistan-Einsatz geht – ein fataler Begriff, der den Eindruck hinterlässt, man dürfe die herrschende Politik nicht hinterfragen. So entstehen gefühlte Verbote, ohne dass es irgendwelcher Sanktionen bedürfte.

Das Ur-Problem ist allerdings keine deutsche Erfindung. Das aktuelle Tauziehen um

die politisch korrekte Meinung hat seine Wurzeln in den USA der 1960er- und 1970er-Jahre, in den Kämpfen der Frauen- und Bürgerrechtsbewegung. Afroamerikanerinnen wie Rosa Parks erstritten nicht nur einen Sitz im Bus, sie verbatnen es sich auch, als »Nigger« bezeichnet zu werden. Und Aktivistinnen der Frauenbewegung klagten an, wie dominant männliche Sprache sein konnte. Auch in Deutschland standen in jener Zeit in Schulbüchern Sätze wie dieser: »Der Mann liest die Zeitung, die Frau liest Erbsen.« Gebt uns einen gleichberechtigten Platz im Bus, im Schulbuch, in der Gesellschaft, lautete die Botschaft des Protestes. Eine politische Bewegung lehnt sich auf gegen die Dominanzkultur der Mehrheit und versucht sie durch eine fortschrittlichere Erzählung zu ersetzen: Das ist der Ursprung der Political Correctness.

Was einst als wichtiger Schritt in eine aufgeklärte Gesellschaft erschien, hat sich im eher akademischen, eher linken Milieu mittlerweile allerdings verselbstständigt. Aus den großen Emanzipationsbewegungen sind über die Jahre hinweg Hunderte von mehr oder weniger relevanten politischen und sozialen Strömungen erwachsen, die allesamt um gesellschaftliche Anerkennung kämpfen. So fordern Gender-Aktivist*innen mit dem Sternchen von LGBTQ* die Anerkennung einer Vielzahl von sexuellen Identitäten, und ähnlich stark werden Gruppeninteressen in Fragen der Herkunft, der Religion oder der Kultur formuliert.

An Universitäten verlangen – Achtung! – Studierende vor der Lektüre klassischer Literatur eine Trigger-Warnung, um sich gegen mögliche Diskriminierungen zu wappnen, in Diskotheken wird empört gegen Musik mit anstößigen Texten aufgeheult, das Mensa-Essen soll nach Maßstäben gekocht werden, die religiöse Minderheiten berücksichtigen. Viele Hochschulen haben inzwischen »Safe Spaces« eingerichtet, also Schutzräume, die Studentinnen und Studenten vor Zumutungen im akademischen Betrieb bewahren sollen – wie einst der Bunker die Bevölkerung vor dem Fliegerangriff.

So sehr dieser Anspruch im Einzelnen berechtigt sein mag, so heftig strangulieren derartige Absolutheiten den offenen Austausch. »Wenn ein Argument das Selbstwertgefühl eines Menschen beleidigt, gilt dies häufig als Diskreditierung des Sprechers«, konstatiert der US-Amerikaner Francis Fukuyama, Professor für Geschichte in Stanford. Die Identitätspolitik hat die Gesellschaftspolitik damit abgelöst.

In Deutschland lehrt die Geschichte des Nationalsozialismus: »Nie wieder!« Aber rechtfertigt diese Lehre die Rigorosität von Teilen der Linken gegenüber nicht national-

sozialistischen Positionen? Die Beispiele für eine »Engführung des Mainstreams«, wie es der Romanautor und emeritierte Rechtsprofessor Bernhard Schlink nennt, häufen sich gerade: die niedergebrüllten Vorlesungen des aus der Partei ausgetretenen AfD-Gründers Bernd Lucke oder die Blockade einer Buchlesung des ehemaligen Verteidigungsministers Thomas de Maizière in Göttingen, dem Demonstranten vorwarfen, er sei ein »Kriegsminister« gewesen (siehe Seite 14). Zu besichtigen ist eine neue deutsche Diskursintoleranz.

Die Rechte wiederum hat die Erfolgsformel der Identitätspolitik abgekupfert; sie inszeniert sich als Opfer und macht mit dem Vorwurf der Denk- und Sprachverbote Politik. Die absurde Klage darüber, dass es in Deutschland angeblich »keine Meinungsfreiheit und keine Demokratie« mehr gebe, die der AfD-Politiker Thomas Naulin unlängst der Kanzlerin bei einem Ortstermin an den Kopf warf, darf in kaum einer Rede eines AfD-Politikers fehlen.

Immer mehr Menschen sagen immer mehr – und werden immer öfter niedergeschrien

Flankiert wird die Partei von einer Flottille neurechter Plattformen, die in den vergangenen Jahren aus dem Netz geschossen sind, sich *Politically Incorrect*, *Tichys Einblick* oder *Journalistenuwach* nennen und einen wichtigen Teil ihrer Daseinsberechtigung daraus ziehen, gegen vermeintliche Denkverbote zu wettern und dabei die Grenzen des Sagbaren auszudehnen.

Die Strategie ist geschickt: Ihre Protagonisten erobern Terrain für die eigene Sache, indem sie sich gegen die Kritik immunisieren (Denkverbote!) und zugleich den Raum nach rechts öffnen (Das wird man doch noch sagen dürfen!). Das Ergebnis: So offen so rechts wie derzeit ist in Deutschland jahrzehntelang nicht mehr diskutiert worden, bis hin zur Verharmlosung des Nationalsozialismus als vermeintlicher »Vogelschiss« in der deutschen Geschichte.

Zudem kursieren schwarze Listen mit »Systemfeinden«, auf denen Journalisten, Staatsanwälte und Richter notiert sind. Der Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke zeigt, wohin das führen kann. Wer über die erodierende Meinungsfreiheit in Deutschland spricht, muss auch und zuallererst darüber reden.

Linke Diskursintoleranz und rechter Bedrohungsgeist allein würden allerdings noch nicht zu dem führen, was derzeit zu beobachten ist. Toxisch wird dieser Trend erst durch

Macht und Magie des Internets, durch das sich die Regeln der Kommunikation radikal verändert haben. Es gibt nicht mehr die wenigen ausgesuchten Marktplätze, an deren Lagerfeuern sich die Gesellschaft wärmt und um Konsens ringt. Heute existieren viele Marktplätzchen, an denen sich einzelne zersplitterte Gruppen sammeln, die aber nur noch wenig Verbindung zueinander unterhalten. Bestenfalls brüllt man von Feuer zu Feuer hinüber, wie abstoßend man die anderen finde. Wie tief dies eine Gesellschaft zerfrisst, kann man in Amerika sehen, wo das einzig verbindende Element zwischen der Rechten und der Linken die abgrundtiefe Verachtung füreinander ist.

Diese Entwicklung ist deshalb so brandgefährlich, weil die Medien und das gemeinsame Gespräch »erst so etwas wie die Selbsterfahrung der Gesellschaft als Gesellschaft ermöglichen«, wie der Soziologe Armin Nassehi konstatiert. Die ganz und gar freie Kommunikation des Netzes, so Nassehi, kenne dagegen »wenig Selektionsdruck, weil die Verheißung, dass jeder prinzipiell alles sagen kann, eben auch dazu führt, dass gemeinschaftsstabilisierende Formen der Selektion außer Kraft gesetzt werden«. Eine Gesellschaft, glaubt Nassehi, lebe auch davon, dass es Tabus gibt und Konsense, auf die sie sich die Mehrheit verständigt hat und die als moralische Leitplanken dienen.

Die Vergesellschaftung der Produktionsmittel der Kommunikation, die einst aus Druckmaschinen oder einem Fernsehsender bestanden und heute jedem und jeder überall im Netz zur Verfügung stehen, hat den Diskurs demokratisiert. Aber sie hat auch zu einer veränderten Wahrnehmung geführt: Angesichts der grenzenlosen Möglichkeiten des Netzes gelten viele der ausgehandelten Grenzen der Gesellschaft, was zu sagen noch sozial akzeptiert ist, als Beschneidung der individuellen Entfaltung. Die Erwartungen an das, was man sagen darf, sind gestiegen.

Dieser radikale Meinungsppluralismus öffnet aber nicht nur Räume, er schließt sie auch: Wer sich mit einer Meinung vorwagt, wird immer öfter niedergeschrien. Ein Mehr an Meinungsfreiheit führt so zu einem empfundenen Weniger, oder wie Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier jüngst in einer Rede zur politischen Streitkultur formulierte: »Gerade in der Summe, in der täglichen Kanonade von Angriffen werden aus vielen kleinen Verletzungen die klaffenden Wunden, an denen unsere Debattenkultur heute krankt und erodieren kann.«

Der frühere Handballnationalspieler Stefan Kretschmar hat beschrieben, wie sich diese neue Öffentlichkeit anfühlt: »Für jeden Kommentar bekommst du eins auf die Fresse.

Wenn du eine polarisierende Meinung hast, finden dich 50 Prozent scheiße. Für alles, was dich von der Masse abhebt, erntest du einen Shitstorm.« Das Netz erlaubt eine mikroskopische Beobachtung von Menschen, es sezziert auch Momente, die früher im Rauschen des großen Ganzen untergegangen wären.

Kretschmar ist ein Linker, er hing mit Hausbesetzern ab und lief bei der autonomen 1.-Mai-Demo in Berlin mit. Er formuliert drastisch: »Eine gesellschafts- oder regierungskritische Meinung darf man in diesem Land nicht mehr haben. Wir Sportler haben (...) keine Meinungsfreiheit im eigentlichen Sinne. Wir müssen immer mit Repressalien von unserem Arbeitgeber oder von Werbepartnern rechnen.« Kaum wurde Kretschmars Interview veröffentlicht, ergoss sich über ihn – ein Shitstorm.

Wenn Stefan Kretschmar, Bernd Lucke und eine Mehrheit der Jugendlichen dieses Landes das Gleiche monieren, ist dies ein Anzeichen dafür, dass etwas Großes dabei ist zu verrutschen. Aber noch ist Zeit genug, um Wunden zu heilen, noch ist Zeit, das zugewandte Gespräch von Lagerfeuer zu Lagerfeuer neu zu beginnen. Diese Aufgabe kommt den Universitäten ebenso zu wie Parteien, Vereinen und Medien, und sie sollte mit einer Selbstverpflichtung zu Pluralität und Diversität bei der Zusammensetzung von Podien, Kongressen oder Talkshows einhergehen, die Kevin Kühnerts Forderung nach Enteignungen ebenso beinhaltet wie Bernd Luckes Kritik am Euro.

Die etwas ausgebliebene Forderung, auch mit den Rechten zu reden, die etwa Bernhard Schlink vertritt, ist ja nicht falsch – aber sie muss zugleich eine klare Grenzziehung nach rechts außen beinhalten und auf einem gesellschaftlichen Konsens beharren. Antisemitismus, Rassismus und Rechtsextremismus mögen nicht verboten sein, aber sie fallen unter jene »gemeinschaftsstabilisierenden Formen der Selektion«, sprich: Ihre Tabuisierung gehört zur deutschen Demokratie. Dies könnte auch ein Maßband sein, mit dem sich die AfD messen ließe.

Zu den Ergebnissen der *Shell-Studie* gehört, dass drei von vier Jugendlichen sagen, sie seien mit der Demokratie in Deutschland »eher oder sehr zufrieden«. Man kann daraus ableiten, dass es weniger ein Demokratie- als ein Diskursproblem gibt.

Die Meinungsfreiheit ist ein mächtiges Werkzeug, vielleicht das mächtigste in einer Demokratie überhaupt. Aber sie erfordert Reife im Umgang mit ihr. Wir haben erst begonnen zu lernen, wo die Grenzen liegen, die nötig sind, um jenen Dialog zu schützen, der für eine freie Gesellschaft überlebensnotwendig ist.

Holger Stark ist Leiter des Investigativ-Ressorts der ZEIT